



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **B 148 Projektierung eines Sicherheitszentrums in Rothenburg Station Ost; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement**

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Pius Kaufmann.

Pius Kaufmann: Die VBK hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 16. Dezember 2022 (Information) sowie vom 3. März 2023 beraten. In der Kommission fand eine sehr intensive Diskussion statt. Die Gesamtkosten weichen massiv von der ursprünglich kommunizierten Grössenordnung ab. Das ist wohl der grösste Makel dieser Botschaft. Allerdings wurde dieses Projekt wesentlich erweitert, und die Kommission sieht, dass die aufgezeigten Synergien nur bei einer Gesamtrealisierung eintreten. Die vorgesehene Zusammenführung von Diensten im neuen Sicherheitszentrum ist zweckmässig und der Standort Rothenburg optimal. Anträge, die auf eine Etappierung abzielten, lagen der Kommission vor, wurden aber in der Detailberatung zurückgezogen. Der VBK ist es wichtig, dass trotz dieses Grossprojektes im Hochbau andere Projekte im Bereich Strasseninfrastruktur oder Naturgefahren nicht zurückgestellt werden müssen. Der Kommunikation ist zudem besondere Bedeutung zu schenken, damit das Projekt auch eine Volksabstimmung besteht. Auf das Dekret wurde einstimmig eingetreten. Nach intensiver Diskussion hat die VBK der Vorlage mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Ich bitte Sie, der VBK zu folgen.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Mehr Sicherheit im Kanton Luzern ist seit Jahren eine wichtige politische Forderung der SVP. Die Bevölkerung im Kanton Luzern soll sich sicher fühlen. Die Einsatzfähigkeit muss jederzeit gewährleistet sein, und wir müssen fähig sein, auf die Herausforderungen der Zeit adäquat antworten zu können. Um dies ermöglichen zu können, gibt es für die SVP aktuell sechs Stossrichtungen: erstens mehr Polizeiresourcen durch eine Aufstockung des Korps; zweitens wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen, damit wir dieses Personal auch finden; drittens eine bessere Infrastruktur mit zeitgemässen Einsatzstandorten; viertens eine gute Ausrüstung, die die Sicherheit der Mitarbeitenden garantiert und ihre Einsatzfähigkeit unterstützt; fünftens die Nutzung moderner Fahndungsmethoden durch Anwendungen der Digitalisierung und sechstens mehr Wertschätzung gegenüber dem Sicherheitspersonal. Heute geht es um die Säule der zeitgemässen Infrastruktur. Dafür haben wir seit vielen Jahren das Sicherheitszentrum Rothenburg in der Pipeline. Es ist neben der Sanierung des Zivilschutzausbildungszentrums Sempach das grosse Infrastrukturprojekt im Bereich Sicherheit. Für die SVP ist der Handlungsbedarf unbestritten. Es ist richtig, die verschiedenen Einheiten an einem Standort zusammenzuziehen. Der Ersatz des Standorts Sprengi ist dabei zwingend vorgegeben. Aber auch die anderen Einheiten bergen Synergiepotenzial und sind deshalb in dieses Projekt einzubeziehen. Die SVP sagt auch Ja zum Standort. Die Lage in unmittelbarer Nähe zur

Autobahn und zum Bahnhof Rothenburg hat die nötigen Voraussetzungen, um echte Optimierungen zu ermöglichen. Die SVP steht deshalb hinter dem Projekt eines Sicherheitszentrums Rothenburg und ist bereit, heute den dafür nötigen Planungskredit zu sprechen und damit diese Grossinvestition auf den Weg zu schicken. Wir wollen, dass die Polizei zeitgemässe Infrastrukturen erhält und wir wollen, dass die Luzerner Polizei und die übrigen Organisationseinheiten die Synergien nutzen können. 20 Stellen sind dabei kein Pappensiel. Die SVP sagt deshalb auch grundsätzlich Ja zum Programm. Es gibt durchaus Einheiten, über deren Integration man diskutieren kann. Aber diese Diskussionen haben wir in den letzten Jahren geführt, und wir stehen heute hinter diesem Programm. Problematisch ist die Geschichte des Projektes. Das Problem «der ersten Zahl» hängt wie ein Damoklesschwert über diesem Projekt. Es ist unverständlich, dass ein Projekt, welches zunächst rund 90 Millionen Franken kosten sollte, nun plötzlich knapp 300 Millionen Franken kosten soll. Das versteht die Bevölkerung nicht, das versteht aber auch der Kantonsrat nicht. Tatsache ist, dass es auch nicht so ist. Was wir heute diskutieren, ist ein Projekt, das weit über das erste Projekt hinausgeht. Ich bedaure, dass wir dieses Projekt immer noch Sicherheitszentrum nennen, oder anders gesagt: Ich bedaure, dass man diese Entwicklung nicht anders kommuniziert hat. Es wäre richtig gewesen, das erste Projekt als abgebrochen zu bezeichnen und ein neues Projekt mit einem neuen Programm zu starten. Das hätte ermöglicht, dass wir heute nur von einer Zahl sprechen würden und nicht nahe an einem Erklärungsnotstand stünden. Das kritisieren wir. Damit aber genug der Vergangenheitsbewältigung. Wir sind heute hier, um nüchtern zu entscheiden, ob wir den Planungskredit für dieses Projekt sprechen wollen. Zugegeben, mit 290 Millionen Franken für das Projekt ist die Schmerzgrenze für die SVP erreicht. Wir behalten uns auch vor, sofern die Finanzierung nicht gesichert ist, das definitive Projekt wenn nötig zu etappieren. Es macht aber keinen Sinn, die Planung zu etappieren. Aufgrund der hohen Eigenbelegung ist die Etappierung unwirtschaftlich. Es ist unnötig, für so wenig Reserve zweimal zu planen und zweimal zu bauen. Ausserdem gefährden wir damit das Nutzen der Synergien. Richtig ist es, das gesamte Objekt zu planen. Nach der aktuellen finanzpolitischen Beurteilung ist die SVP der Meinung, dass sich der Kanton diesen Bau leisten können und er deshalb zu planen ist. Wir glauben auch, dass wir für dieses Projekt in einer Volksabstimmung eine Mehrheit finden werden. Wir wollen keine Verzögerungen für das Sicherheitszentrum Rothenburg. Wir wollen heute Nägel mit Köpfen machen und die Planungsarbeiten auslösen. Wir treten deshalb auf die Botschaft ein und werden dem Geschäft, wie von der Regierung beantragt, zustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Josef Wyss.

Josef Wyss: Grundsätzlich stellen wir den Bedarf nach einem Sicherheitszentrum – insbesondere für die Polizei – nicht infrage. Die polizeiliche Infrastruktur in der Sprengi ist heute nicht mehr zumutbar. Mehr noch, die funktionale Leistung unseres Polizeikorps wird dadurch geschwächt. Wir haben in unserem Rat beschlossen, die Polizei aufzustocken und zu stärken. Dazu gehört auch eine moderne und funktionale Infrastruktur. Der Umfang des Sicherheitszentrums Rothenburg nahm in verschiedenen Schritten mit der Integration zusätzlicher Funktionen kontinuierlich zu und hat nun ein Investitionsvolumen von 290 Millionen Franken erreicht. Kommunikativ sind solche Steigerungen – trotz guter Begründung – schwierig zu vermitteln. Ich staune, dass die ursprünglichen 90 oder 112 Millionen Franken überhaupt je genannt wurden, denn in diesem Betrag war das Grundstück nie enthalten. Ja, die Verlässlichkeit wird dabei sehr strapaziert. Nun stehen wir vor einem Dilemma. Einerseits sehen wir den Grundbedarf, damit unsere Polizei ihre Leistung möglichst effizient respektive «lean» erbringen kann. Andererseits sind wir mit weiteren Bedürfnissen konfrontiert, welche in diesem Sicherheitszentrum beheimatet werden sollen, und diese müssen irgendwie finanziert werden. Wir unterstützen die Realisierung auf der Basis des Siegerprojektes der ersten Etappe. Gleichzeitig unterstützen wir die Realisierung der Einsatzleitzentrale, eines Vorzeigeprojektes in Zusammenarbeit mit Ob- und Nidwalden. Mit dieser Realisierungsetappe wären wir in der Lage, das Projekt zu finanzieren, ohne die Schuldenbremse zu verletzen. Da im Aufgaben und Finanzplan (AFP)

nur Mittel von 150 Millionen Franken eingestellt sind, muss davon ausgegangen werden, dass bei der Realisierung des gesamten Projektes von 290 Millionen Franken die Schuldenbremse verletzt wird oder andere Projekte auf der Zeitachse verschoben werden müssen. Naheliegender wäre, dass Projekte des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) verschoben würden, beispielsweise die Sanierung der Strafanstalt Wauwilermoos. Ob das so einfach gemacht werden kann, entzieht sich meiner Kenntnis. In der Kommissionssitzung konnte nichts Näheres dazu gesagt werden. Umso wichtiger scheint mir, dass wir genau das realisieren, was wichtig und richtig ist. Ob dabei die Kriminalpolizei (Kripo) und die Staatsanwaltschaft wirklich nach Rothenburg gehören, wurde durch das JSD noch nicht abschliessend beurteilt. Die Abklärungen, ob Klarheit herrscht, ob es matschentscheidend ist, dass die Kripo und die Staatsanwaltschaft räumlich eng beieinander sind, sind immer noch am Laufen. Naheliegender wäre dann, dass an diese Einheit auch noch das Festnahmezentrum angegliedert wird. Mit einer Etappierung könnte man diese Analyse seriös abschliessen und dann diese Einheiten dort platzieren, wo es aus der Gesamtsicht am meisten Sinn macht. Es ist durchaus möglich, dass dies im Grosshof mehr Sinn machen würde, als in Rothenburg. Mit unserem Antrag wollen wir, dass wir uns genau diese Option noch offenlassen. Sollte unser Antrag in diesem Rat keine Mehrheit finden, werden wir unserem Anliegen mit einem Postulat Gehör verschaffen. Darin fordern wir die Regierung auf, parallel zur Planung des Sicherheitszentrums zu prüfen und aufzuzeigen, wie die geplanten Flächen und Reserveflächen effizient genutzt werden sollen. Dies gilt insbesondere für das geplante Festnahme- und Einvernahmezentrum sowie einzelne Einheiten wie Kripo und Staatsanwaltschaft, deren Ansiedlung im neuen Sicherheitszentrum beabsichtigt wird. Wir sind der Ansicht, dass dieses Projekt eine Dimension erreicht hat, bei der eine Volksabstimmung kein einfacher Spaziergang wird. Wir wollen am Schluss nicht vor einem Scherbenhaufen stehen, wenn das Projekt beim Volk keine Mehrheit findet. Beim Volk zu scheitern, wäre für unsere Polizeieinheiten eine Katastrophe. Um genau dies zu verhindern, haben wir unseren Antrag zur Etappierung eingereicht. Schuldenbremse-konform und ein gezielter Einsatz der finanziellen Mittel auf das Wesentliche und trotzdem unseren Polizeieinheiten eine optimale Infrastruktur zu bieten, das ist der Mehrwert unseres Vorschlags. Wir treten auf die Botschaft ein, wir hoffen, dass unser Antrag eine Mehrheit findet und stimmen der Botschaft zu.

Für die FDP-Fraktion spricht Sabine Wermelinger.

Sabine Wermelinger: Für die FDP-Fraktion müssen Sicherheit und Freiheit im Gleichgewicht sein. Die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, ist eine staatliche Kernaufgabe. Wir beraten heute über den Projektierungskredit für ein Sicherheitszentrum in Rothenburg. Das Sicherheitszentrum, wie es jetzt geplant ist, bringt aufgrund der neuen Möglichkeiten einen beträchtlichen Mehrwert für die Bevölkerung und für die betroffenen Arbeitnehmenden. Dieser Mehrwert ist schwer in Franken zu beziffern. Das soll nach dem ersten Schrecken über die Schätzung der Anlagekosten von rund 290 Millionen Franken (plus/minus 25 Prozent) für den Neubau nicht vergessen gehen. Der Kantonsrat hat 2019 die Immobilienstrategie einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Strategie sieht eine regelmässige Überprüfung der Nutzerbedürfnisse als Grundlage für die langfristige Optimierung des Immobilienbestands vor. Die Regierung hat diesen Teil der Strategie in den letzten vier Jahren offenbar in Angriff genommen. Der Standort Rothenburg Ost wurde in der Strategie bereits angekündigt, wenn auch mit weniger integrierten Organisationen. 2019 war die integrierte Einsatzleitzentrale noch auf dem EWL-Areal geplant, konnte dort aber nicht realisiert werden. In einer späteren Phase kamen weitere Einheiten dazu. Die Zusammenhänge, weshalb diese Einheiten ebenfalls ins Sicherheitszentrum gehören sollen, wurden uns in der Kommission ausführlich erklärt. So kann zum Beispiel die Logistik mit dem Sicherheitszentrum massiv optimiert werden. In der Privatwirtschaft würde man ähnliche Abteilungen auch möglichst im selben Gebäude unterbringen, um Synergien zu nutzen und Ressourcen zu sparen, effizienter zu werden und langfristig die Betriebskosten zu senken. Der Immobilienbestand würde mit dem Sicherheitszentrum – wie strategisch vorgesehen – langfristig optimiert. Wir waren der Ansicht, dass jetzt noch einmal der geeignete Zeitpunkt

ist, um die Frage betreffend eine mögliche Auslagerung der Labore oder einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Kantonen zu klären. Wir haben die Labore zu Beginn kritisch hinterfragt. Labore gehören nicht zu unserem Kerngeschäft, und im Laufe der Beratung durften wir einiges dazulernen. Es wird bereits eng mit anderen Kantonen zusammengearbeitet. Die Gesundheit der Bevölkerung ist für die FDP selbstverständlich sehr wichtig. Da ein Outsourcing die Laboruntersuchungen nicht kostengünstiger, sondern teurer macht und die Bevölkerung auch sonst nicht davon profitiert oder im Gegenteil noch länger auf Ergebnisse warten muss, sind wir vom Outsourcing der Labore weggekommen. Der AFP 2023–2026 wurde zur Überarbeitung zurückgewiesen. Das Projekt Sicherheitszentrum kann die Schuldenbremse in Bedrängnis bringen. Für das Projekt wird aufgrund der Summe eine Volksabstimmung nötig sein. Es besteht die Gefahr, dass die Bevölkerung nur die steigenden Kosten des weiterentwickelten Sicherheitszentrums wahrnimmt und der enorme finanziell schwer bezifferbare Mehrwert zu wenig Beachtung findet. Das habe ich heute Morgen auch beim Radiohören festgestellt, dort war nur die Rede von den Kosten. Die Kommunikation über die Abstimmung wird anspruchsvoll sein. Es wurden uns Ansätze erklärt, wie das Projekt unter Einhaltung der Schuldenbremse umgesetzt werden soll. Der kürzlich präsentierte gute Jahresabschluss stimmt zuversichtlicher. Aber die Regierung muss spätestens bei der Beratung des ausgearbeiteten Projektes eine Lösung zur Einhaltung der Schuldenbremse aufzeigen. Es muss weiterhin einen finanziellen Spielraum für andere Investitionen geben. Die FDP hat sich deshalb auch Gedanken zu einer Etappierung des Projektes gemacht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass eine Etappierung des Projektes etliche bedeutende Nachteile hat und – ausser der Einhaltung der Schuldenbremse – kaum Vorteile bringt. So tangiert der Bau einer zweiten Etappe die Nutzenden des bestehenden Gebäudes aus der ersten Etappe enorm. Das Ganze wird durch die Etappierung teurer. Die erwünschten Synergien können erst nach sehr langer Zeit ihre volle Wirkung erreichen. An den bestehenden Standorten müssten teilweise hohe Summen investiert oder andere Lösungen gefunden werden, um weiterarbeiten zu können. Das macht keinen Sinn, wenn eine neue, effiziente und moderne Lösung bereits in Sicht ist. Wir fordern jedoch Projektoptimierungen. Die Kosten für die Spezialräume sind hoch. Der Innenausbau in einem Sicherheitsgebäude kann aber aufgrund der Nutzung weniger aufwendig ausfallen als zum Beispiel bei einem reinen Bürogebäude. Das Gebäude kann dennoch ansprechend wirken. Zudem soll noch einmal kritisch überprüft werden, ob die teuren Untergeschosse redimensioniert werden können. Man muss nicht immer das Maximum erreichen. Sowohl der Projektierungskredit wie auch die Anlagekosten sollen die maximale Summe aufzeigen, die Regierung muss diese aber nicht zwingend erreichen, es darf lieber weniger sein. Ich fasse zusammen: Das Sicherheitszentrum, wie es jetzt geplant ist, bringt aufgrund der neuen Möglichkeiten einen beträchtlichen Mehrwert, der finanziell schwer zu beziffern ist. Es können Synergien genutzt werden. Viele Abläufe können effizienter gestaltet werden und wichtig: Es kann schneller auf Ereignisse reagiert werden. Für die betroffenen Mitarbeitenden und die Luzerner Bevölkerung bringt das Sicherheitszentrum viele Vorteile. Das Projekt ist fortschrittlich und grundsätzlich eine gute Sache. Es braucht Mut, die Gesamtlösung vorzuschlagen. Damit wir eine fundierte Entscheidungsgrundlage erhalten, ist der Sonderkredit für die Projektierung nötig. Wir treten auf die Botschaft ein und stimmen ihr zu. Zu den Anträgen: Aufgrund der Ausführungen unterstützen wir eine Etappierung nicht – «Gut geplant, ist halb gewonnen.» In diesem Sinn soll auch der Projektierungskredit nicht reduziert werden, was aber auch nicht heisst, dass er zwingend ausgeschöpft werden muss.

Für die SP-Fraktion spricht Isabella Schwegler-Thürig.

Isabella Schwegler-Thürig: Auch die SP-Fraktion anerkennt den ausgewiesenen Bedarf der Erneuerung der Rauminfrastruktur für verschiedene sicherheitsrelevante Organisationen des Kantons. Durch die Konzentration mehrerer Dienststellen sowie Abteilungen der Luzerner Polizei ergeben sich Optimierungen und Vereinfachungen der Abläufe sowie ein hohes Synergiepotenzial. Im Weiteren können durch einen Neubau verschiedene Liegenschaften ersetzt werden, welche am Ende ihrer Lebensdauer angekommen sind und

in denen Funktions- und Spezialräume fehlen. Unsere Kritik richtet sich deshalb in erster Linie gegen das völlig unkoordinierte und übereilt wirkende Vorgehen der Regierung im Vorfeld zum heute vorliegenden Geschäft. Am 4. November 2019 präsentierten die Regierungsräte Reto Wyss und Paul Winiker medienwirksam Pläne für ein neues Sicherheitszentrum. Als Kosten wurden 91 Millionen Franken kommuniziert, eine Volksabstimmung sollte 2023 stattfinden. Diese 91 Millionen Franken haben sich in den Köpfen der Bevölkerung festgesetzt. Mit dem Ziel der Erarbeitung eines baulich innovativen Gesamtkonzeptes für alle Nutzungen im Neubau des Sicherheitszentrums wurde im Jahr 2020 ein Projektwettbewerb durchgeführt und Anfang 2021 entschieden. Zu diesem Zeitpunkt stiegen die Kosten bereits auf mutmasslich 112 Millionen Franken. Nach Abschluss des Projektwettbewerbs zeichnete es sich aber wiederum schnell ab, dass neben den bis dahin angedachten Nutzungen weitere Begehrlichkeiten und Wünsche ins Spiel gebracht wurden: die Einsatzleitzentrale für die Innerschweizer Polizeikorps, der Sanitätsnotruf 144, die Dienststellen Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz, der Veterinärdienst, die Abteilung Staatsanwaltschaft 2 Emmen usw. Heute stimmen wir über einen Planungskredit in der Höhe von 22 Millionen Franken ab, der ein Projekt umfasst, welches kaum mehr etwas mit der ersten Präsentation von 2019 gemeinsam hat. Für uns stellen sich die Fragen, ob und wie weit der durchgeführte Wettbewerb überhaupt noch die aktuellen Bedürfnisse und Wünsche abdecken kann und ob das daraus resultierende Projekt immer noch Gültigkeit hat. Die Wahl des Standortes in Rothenburg Ost erachten wir grundsätzlich als richtig und sinnvoll. Durch die jetzt geplante enorme Erweiterung des Sicherheitszentrums, welche neben zusätzlichen Arbeitskräften auch eine starke Vergrösserung des Verkehrsaufkommens nach sich zieht, stellen wir die Frage, ob und wie gross das Thema Verkehr bei der Planung berücksichtigt werden wird. Insbesondere die Standortgemeinde Rothenburg muss darauf zählen können, dass die Regierung für den öV und den Langsamverkehr taugliche Lösungen vorschlägt und vorantreibt. Dass durch einen geplanten Neubau wesentliche Verbesserungen für Klima und Umwelt erzielt werden, sind der SP zentrale Anliegen. Mit dem Klimabericht haben wir eine Netto-null-Strategie bis 2050 verabschiedet. Massnahmen zur Klimaadaptation soll höchste Priorität eingeräumt werden. Eine emissionsarme Bauweise mit Luzerner Holz, Photovoltaikflächen, weitere energetische Massnahmen sowie das Mobilitätsmanagement sind beim Neubau des Sicherheitszentrums zwingend und müssen entsprechend kommuniziert und umgesetzt werden. Die zeitgemässen Bedürfnisse bezüglich Sicherheitsversorgung und Arbeitsplatzattraktivität müssen ebenso in die Planung des Sicherheitszentrums einfliessen. Betreffend Finanzierung stellt sich für die SP die Frage, ob eine derartige Kostensteigerung, wie wir sie beim Sicherheitszentrum erfahren mussten, überhaupt tragbar ist. Zudem stehen verschiedene kostenintensive Grossbauprojekte in der Planungs- oder Realisierungsphase, welche für den Kanton eine hohe finanzielle Belastung darstellen. Wir erwarten deshalb von der Regierung, dass sie klar aufzeigt und kommuniziert, wie sie die aus der Planung hervorgehenden Kosten finanzieren wird. Wir sind aber extrem unzufrieden über den bisherigen Verlauf und die Kostenexplosion beim Sicherheitszentrum Rothenburg. Die SP-Fraktion möchte wissen, welche Konsequenzen die Regierung aus diesem unglücklichen Verlauf zieht. Im Rahmen der vorliegenden Botschaft über den Planungskredit erwarten wir deshalb, dass das vollumfängliche Raumprogramm feststeht, die Standortgemeinde, das Personal und Arbeitsabläufe in die Projektierung einbezogen und die zuständigen Kommissionen frühzeitig informiert werden. Die SP-Fraktion wird keine weitere Kostensteigerung akzeptieren, welche sich durch zusätzliche Begehrlichkeiten ergeben könnte. Sie verfolgt die weitere Planung aufmerksam und kritisch und macht eine künftige Zustimmung zum Projekt von dessen Verlauf abhängig. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, wird sich jedoch grossmehrheitlich der Stimme enthalten.

Für die G/JG-Fraktion spricht Judith Schmutz.

Judith Schmutz: Grundsätzlich begrüsst die G/JG-Fraktion das neue Sicherheitszentrum in Rothenburg. Der Bedarf ist ausgewiesen, und die geplante Realisierung ist für uns nachvollziehbar. Trotzdem gibt es für uns einige Punkte, welche kritisch zu hinterfragen und

die für die weitere Planung zu berücksichtigen sind. Es geht um die vermeidbaren zeitlichen Verzögerungen, das Raumangebot, welches neu unter einem Dach angedacht ist, sowie um die Kommunikation der Kosten. Ich beginne mit den für uns überwiegenden positiven Punkten: Mit dem neuen Sicherheitszentrum erhält der Kanton Luzern endlich wieder Haftbedingungen im Festnahmezentrum, welche den Menschenrechtsstandards entsprechen. Schon 2011 wurde der Kanton Luzern von der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter gerügt, dass die Platzverhältnisse im Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof nicht den Menschenrechtsstandards genügen würden. Die Kommission hat in ihrem Bericht empfohlen, dass zusätzliche Zellen gebaut werden, um Überbelegungen zu vermeiden und Platz für die Erweiterung des Freizeit- und Beschäftigungsangebots zu schaffen. Dass dieser elende Zustand über zehn Jahre später endlich angepackt wird, ist für die Grünen und Jungen Grünen von grosser Bedeutung. Ich zitiere aus dem Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter an den Regierungsrat über den Besuch des Polizeikommandos Luzern vom 4. Mai 2022: «Die zehn Zellen im Untergeschoss der Haftleitstelle verfügen ausschliesslich über künstliches Licht. Die Kommission beurteilt die Unterbringung von inhaftierten Personen in Zellen ohne Tageslicht während mehr als ein paar Stunden äussert kritisch. Sie empfiehlt den zuständigen Behörden des Kantons Luzern beim geplanten Neubau des Sicherheitszentrums sicherzustellen, dass die Polizeizellen mit ausreichend Tageslicht versorgt werden und diese möglichst rasch in Betrieb zu nehmen. Auch beim Spazierhof wird den zuständigen Behörden empfohlen, umgehend bauliche Massnahmen wie Sichtschutz, Sitzgelegenheit oder Sonnenschutz zu ergreifen und beim geplanten Sicherheitszentrum mit Polizeizellen auf eine entsprechende Ausgestaltung des Spazierhofes zu achten.» Mit dem neuen Sicherheitszentrum erhält der Kanton Luzern zudem ein begrüssenswertes nachhaltiges Gebäude in einer Hybridbauweise. Durch die Holz-Hybridbauweise ist der Bau CO<sub>2</sub>-neutral. Wir freuen uns, dass die Dachflächen für Photovoltaik genutzt werden und im weiteren Projektverlauf der Einsatz von Photovoltaikanlagen an der Fassade geprüft wird, um das Stromproduktionspotenzial maximal auszuschöpfen. Betreffend Nachhaltigkeit können wir beim Sicherheitszentrum von einem guten Projekt sprechen. Auch im Aussenbereich wird mehrheitlich auf oberirdische Parkplätze verzichtet, die notwendigen Nutzfahrzeuge der Blaulichtorganisationen werden unterirdisch abgestellt werden können. Das Sicherheitszentrum liegt ganz in der Nähe des Bahnhofs Rothenburg. So ist es den Mitarbeitenden und Besucherinnen und Besuchern möglich, mehrheitlich mit dem öffentlichen Verkehr zum Sicherheitszentrum zu gelangen. Für uns ist es unabdingbar, dass es ein gesamtheitliches Mobilitätskonzept braucht, welches die Erschliessung des Sicherheitszentrums mit dem Bahnhof Rothenburg festlegt. Nun zu den kritischen Punkten: Nach der Durchführung des Projektwettbewerbs wurde das Raumprogramm immer wieder um zusätzliche Angebote erweitert. Die Erweiterungen führten dazu, dass sich das Raumprogramm des Sicherheitszentrums stark ausfüllte und es beinahe sprengte. So brauchen die verschiedenen Angebote nicht nur Büroflächen, sondern auch spezielle Einrichtungen wie Laborflächen und Zellen. Im neuen Sicherheitszentrum sind jetzt auch eine integrierte Leitzentrale eingeplant sowie ein neues Festnahmezentrum und die Staatsanwaltschaft Abteilung 2 Emmen. Wir befürworten das aktuell angedachte Raumprogramm, finden aber das stückweise Herantasten an zusätzliche Dienstleistungen nicht gut gelungen. Eigentlich hätte das Sicherheitszentrum bereits im Frühjahr 2028 in Betrieb genommen werden sollen. Wegen der Erweiterung und der Weiterentwicklung hat sich das Projekt um mindestens drei Jahre verzögert. Durch eine vorausschauende Raumplanung hätte die zeitliche Verzögerung sicher vermieden werden können. Für den Bau des Sicherheitszentrums Rothenburg wird mit Anlagekosten von mindestens 290 Millionen Franken gerechnet. Anlässlich der Vorstellung des Siegerprojektes zum Abschluss des Projektwettbewerbs wurden der Öffentlichkeit Kosten von 112 Millionen Franken kommuniziert. Auch wenn sich die Kosten nachträglich für uns nachvollziehbar erklären lassen, kritisieren wir diese vorschnelle Kommunikation stark. Das Projekt hat sich in finanzieller Hinsicht mehr als verdoppelt. Für die Bevölkerung ist diese enorme

Kostenzunahme bislang unklar und führt zu viel Unverständnis. In Zukunft müssen wir schlauer kommunizieren und genau aufzeigen, wieso das Sicherheitszentrum nun so viel mehr Geld kosten wird. Die vorliegende Botschaft versucht, den Mehrwert aufzuzeigen, hier sind wir auf einem guten Weg. Ansonsten hat dieses Projekt bei der Bevölkerung einen schwierigen Stand. Zudem sind im AFP nur 150 Millionen Franken eingestellt. Dies wird vermutlich zu Priorisierungen führen, was den Spielraum für weitere Projekte einschränkt. Dies stellt uns bezüglich weiterer Investitionen vor eine grosse Herausforderung. Um Kosten zu sparen, wurde eine Etappierung vorgeschlagen. Wir sind einer Etappierung des Projektes anfänglich positiv gegenübergestanden, mussten aber mit der Zeit feststellen, dass eine solche weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist, weswegen wir diese Idee wieder verworfen haben und deshalb den Antrag der Mitte-Fraktion ablehnen. Abschliessend ist es für die G/JG-Fraktion klar, dass es das neue Sicherheitszentrum in Rothenburg braucht und sowohl der Standort wie auch die inhaltliche Ausgestaltung sinnvoll sind. Die Kommunikation des gesamten Projektes ist unglücklich verlaufen, die erstgenannte Zahl ist nur schwer aus dem Gedächtnis der Luzernerinnen und Luzerner zu bringen. Den hohen Kosten stehen wir nach wie vor kritisch gegenüber. Für uns überwiegen aber die positiven Elemente des Projektes. Die G/JG-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und uns stimmt ihr zu. Das Sicherheitszentrum in Rothenburg braucht jetzt unser «Go», um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Für die GLP-Fraktion spricht András Özvegyi.

András Özvegyi: Mit der Botschaft B 148 liegt uns der Antrag für einen Planungskredit von 22 Millionen Franken für ein neues Sicherheitszentrum in Rothenburg vor. Dazu soll eine Volksabstimmung zum Baukredit 2026 erfolgen, anschliessend sind der Bau und die Inbetriebnahme bis 2031 geplant. Die Botschaft zeigt die Ausgangslage, die Absicht, den Inhalt und die Kostenentwicklung des neuen Sicherheitszentrums in Rothenburg kompakt auf. In der Kommission wurden wir intensiv informiert über die Ausgangslage, die Dringlichkeit und darüber, warum der Antrag so lautet, wie er jetzt vorliegt. Wir wurden über den dringlichen Handlungsbedarf informiert. Es ist schon erstaunlich, wie schlecht der bauliche Zustand aller polizeilichen Infrastrukturen ist. Die Rede war sogar von «nicht zumutbar». Wenn ich an die Machtverhältnisse der letzten zwölf Jahre in diesem Kanton denke, wer das Sagen hat und verantwortlich ist, dass es überhaupt so weit kommen konnte, entsteht bei mir der Eindruck, dass gewisse Aufgaben nicht gemacht wurden. Das Vorhaben war bisher als ein Bau in Etappen geplant, was kürzlich verworfen wurde, um Synergien mit neuen Anforderungen zu schaffen. Zudem wurde auch schon untersucht, die Labordienste auszulagern. Uns wurde versichert, dass die heutige Vorlage die effizienteste und gesamthaft günstigste ist. Eindrücklich sind die über elf Vorteile und Mehrwerte, die geschaffen werden und weshalb das Projekt so begründet wird. Das Projekt ist aber auch eindrücklich teuer, erwartet man doch etwa die doppelten Kosten des neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz. Bei dieser Ausgangslage war es richtig, kritische Fragen zu stellen und zu fordern, im nächsten Schritt noch unklare Themen besser darzulegen. Die GLP-Fraktion fordert für die nächste Phase folgende vier Punkte: Erstens: Uns scheint der monetarisierte Nutzen von lediglich nur etwa 0,8 Millionen Franken jährlich zu tief angesichts der vielen Mehrwerte, die aufgezeigt werden. Das muss in der weiteren Planung besser verkauft werden. Gleiches muss mit Gleichem verglichen werden. Zweitens: Im Hinblick auf die Volksabstimmung 2026 muss aufgezeigt werden, was eine Ablehnung zur Erfüllung aller hoheitlichen Aufgaben kosten würde. Im Bericht ist die Rede von 108 Millionen Franken, aber ohne Ersatzneubauten und Provisorien. Drittens: Die Anforderungen an das Projekt stammen aus der Zeit, als in Europa Frieden herrschte. Jetzt sind wir leider in einer neuen Zeit, deshalb sind angesichts der neuen Sicherheitslage die Anforderungen gut zu überdenken und zu überprüfen, denn es geht um ein Sicherheitszentrum. Viertens: Weitere Synergien, allenfalls mit der Armee, und Einnahmen sind zu prüfen. Den Antrag der Mitte-Fraktion um Reduktion des Planungskredites ist angesichts der Bedeutung des Vorhabens nicht richtig. Bei der Sicherheit soll gerade jetzt nicht gespart werden. Wir finden es immer besser, für die Planung mehr auszugeben als danach zu viel beim Bau. Es ist zu bedenken, dass ein gutes, durchdachtes Projekt und Projektvorgehen die grossen

Einsparungen bringen wird. So war das auch bei der neuen Verkehrsführung am Seetalplatz, wo die Minderkosten 30 Millionen Franken betragen. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Guido Müller: Meiner Meinung nach weist das Projekt ein paar Schönheitsfehler auf. Die Vorgängerin des jetzigen Justiz- und Sicherheitsdirektors, alt Regierungsrätin Yvonne Schärli, plädierte dafür, dass es dieses neue Sicherheitszentrum unbedingt brauche. Das Projekt wurde aber leider immer wieder nach hinten verschoben, und andere Projekte wurden geplant. Wer schon einmal vor Ort war, weiss von den unhaltbaren Zuständen: Die Polizisten arbeiten zum Teil in Räumlichkeiten, in denen bei Regen mit Wasserkübeln hantiert werden muss und die im Winter nicht beheizt werden können. Das sind unhaltbare Zustände, und dies schon seit Jahren. Was ist der Schönheitsfehler bei diesem Projekt? Um den Leuten das kantonale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz zu verkaufen, wurde das Sicherheitszentrum als billiges Nebenprojekt von 90 Millionen Franken verkauft, das man sich leisten könne. Heute merken wir, dass das Projekt teurer ist. Ich bin ein Befürworter des neuen Sicherheitszentrums, weil es längst an der Zeit ist, dieses zu bauen. Es bringt einen extrem grossen Synergienutzen. Ich sehe dabei den Bau von grösseren Haftzellen, um gewisse internationale Auflagen zu erfüllen, nicht im Vordergrund. Dadurch wird die Polizeiarbeit nicht verbessert. Gestern wurde ein dringliches Postulat über den Umgang mit Randalierern an FCL-Spielen eingereicht. Was heisst Ordnungsdienst? Die Polizisten werden aufgeboten, sie müssen ihr Material an einem Ort abholen und am nächsten Ort zur Befehlsausgabe erscheinen und von dort aus an den Einsatzort gelangen. Das kostet sehr viel Geld. Diese Situation könnte mit einem Sicherheitszentrum optimiert werden, wo sich alles zentral an einem Ort befindet. Dadurch könnten die Ressourcen der Polizei für die Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden, anstatt von einem Ort an den anderen zu fahren. Da es sich um ein sehr wichtiges Projekt handelt, habe ich in der VBK vorgeschlagen, den Kredit einer freiwilligen Volksabstimmung zu unterstellen. Wir müssen jetzt zu diesem Projekt stehen, sonst besteht das Risiko, dass wir am Schluss wieder nichts haben, weil die Finanzen fehlen oder etwas anderes wichtig ist und wir für die Planung trotzdem 22 Millionen Franken ausgegeben haben. Wir müssen deshalb klar kommunizieren, weshalb das Projekt teurer geworden ist: Es werden Synergien genutzt und anständige Arbeitsbedingungen für die Polizei geschaffen, welche täglich ihren Einsatz für unsere Sicherheit leistet. Deshalb stehe ich hinter diesem Projekt, ich stimme dem Kredit zu und engagiere mich für die Realisierung des neuen Sicherheitszentrums ohne eine Etappierung, durch die das Projekt noch viel teurer würde.

Jörg Meyer: Für die SP-Fraktion ist es klar, dass es sich um das richtige Projekt handelt. Aber der Weg zu diesem Projekt ist, so glaube ich, politisch sehr fragwürdig: 290 statt 112 Millionen Franken, das entspricht fast einem Faktor 3. Wir haben mehrmals die Aussage gehört «Geht es eigentlich noch?» Das hinterlässt einen schalen Beigeschmack und muss in unserem Rat Fragen aufwerfen. Wer hat wann was gewusst? Wer wurde wann und wie informiert? Zum Beispiel die zuständigen Kommissionen. Welche Bedeutung und Verbindlichkeit hat die Beratung des Planungsberichtes über die Immobilienstrategie des Kantons Luzern aus dem Jahr 2019, wenn nachher alles ganz anders kommt? Ist eine so fundamentale Projektausweitung mit dem Projektwettbewerb rechtlich vertretbar? Ist es politisch redlich, einen solchen Weg zu gehen? Wurden die damaligen 90 oder 112 Millionen Franken kommunikativ heruntergerechnet, weil anscheinend weder Grundstück noch Ausstattung noch technische Betriebseinrichtungen mit eingerechnet wurden? Auch nicht die jetzt vorgezogene zweite Etappe? Wie um Himmels Willen kann so vieles Verschiedenes nicht enthalten gewesen sein oder noch schlimmer, warum hat man nicht daran gedacht? Es kann ja nicht sein, dass wir solche Projekte einfach Salamischeiben-weise ausweiten und vorgesetzt bekommen. Es bleiben Fragen offen, was anderen Projekten droht. Am Freitag wurde eine Medienmitteilung über das Projekt der Kantonsschule Sursee in der Höhe von 69 Millionen Franken veröffentlicht. Wir haben eine Immobilien AG in der Höhe von 400 Millionen Franken gegründet, um den Campus Horw auszulagern. Ich wage hier schon gar nicht, den Faktor 3 anzuwenden. Wir finden, dass es noch sehr viele Fragestellungen

gibt, die nicht das Projekt als solches in Frage stellen, aber das Vorgehen. Wir finden, dass sich hier selbst für die AKK Fragestellungen ergäben: Welche Lehren müssen wir daraus ziehen und auf welchen Ebenen? Was denkt die Bevölkerung über ein Projekt, das fast dreimal teuer ist als ursprünglich geplant? Wie viel Kredit und Vertrauen verspielen wir so? Gerade im Hinblick auf die Volksabstimmung täten die Regierung und die Verwaltung gut daran, eine Portion Selbstkritik und Lernfähigkeit an den Tag zu legen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich äussere mich zu sechs Punkten und versuche, die eine oder andere Frage zu beantworten oder das eine oder andere einzuordnen. Es wurde richtig festgehalten, dass die Infrastruktur der Luzerner Polizei seit sehr langer Zeit ein Thema ist. Es ist der Regierung ein grosses Anliegen, hier endlich Nägel mit Köpfen machen zu können. Wir haben viele Standorte und verschiedene Projekte diskutiert, jetzt müssen wir einen Entscheid fällen. Selbstverständlich möchten wir unseren Vorschlag realisieren können, so wie er vorliegt, und das entsprechende Geld für die Projektierung bewilligt erhalten. Es wurde gesagt, es sei ein Problem, dass das Sicherheitszentrum Rothenburg immer noch als solches bezeichnet werde. Wir haben ein Wettbewerbsergebnis. Dieses ist mit einem Raumprogramm zustande gekommen. Heute sind wir nach wie vor beim selben Wettbewerbsergebnis. Die Flexibilität bezüglich Etappierung war einer der Gründe, wieso man diesen Entwurf als den besten ausgewählt hat. Es ist aber immer noch dasselbe Projekt. Ich bin damit einverstanden, dass das Vorgehen bezüglich Raumprogramm etwas unglücklich war. Man hat das Raumprogramm nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses sehr stark überarbeitet. Auslöser war die Einsatzleitzentrale, die von Luzern nach Rothenburg verlegt werden soll. In diesem Zusammenhang hat die Luzerner Polizei das Raumprogramm ganz grundsätzlich überdacht. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann sagen, ja, man hat das überarbeitet und gewisse Verbesserungen erkannt und steht dazu. Das ist der Weg, den wir jetzt gehen. Oder man kann sagen, dass man sich das hätte früher überlegen müssen und man halte am ursprünglichen Raumprogramm fest. Das hätte aber der Sache nicht gedient. Darum hat der Regierungsrat entschieden, dazu zu stehen, das Raumprogramm zu überarbeiten. Wir haben heute ein ganz anderes Volumen vor uns, deshalb ist es richtig, das Ganze in einer Etappe zu realisieren. Wir haben zusätzlich rund 35 Millionen Franken für die Verlegung der Einsatzleitzentrale von Luzern nach Rothenburg. Das halten wir für inhaltlich richtig. Es ist nicht eine Kommunikationsfrage, wie das hier oft angesprochen wurde. Die Kommunikation ist nicht das Problem. Wenn wir offen und ehrlich sind, liegt das Problem darin, dass man das Raumprogramm zu einem sehr späten Zeitpunkt grundlegend überarbeitet hat. Über diesen Punkt kann man durchaus diskutieren. Wir stehen dazu, wir haben das Projekt massgeblich verbessert, das ist aber mit entsprechenden Kosten verbunden. Zu den Äusserungen der SVP, dass man sich vorbehalte, vor der Realisierung doch noch eine Etappe zu verlangen: Wir diskutieren jetzt über einen Projektierungskredit für das gesamte Gebäude. Es ist nicht geplant, dass eine Etappierung nach der Projektierung ohne zeitliche Verzögerung einfach umgesetzt werden könnte. Ansonsten müsste man das heute bereits so einplanen, das ist aber nicht vorgesehen. Wir werden die Realisierung des ganzen Volumens projektieren. Zur Finanzierung: Ich wiederhole das, was ich im Rahmen der Diskussion in der VBK bereits erklärt habe: Es ist tatsächlich so, dass das Projekt mit diesem Volumen zu wesentlichen Mehrkosten gegenüber der im AFP eingestellten Summe führt. Die Regierung ist gewillt, im Zusammenhang mit dem AFP 2024–2027 aufzuzeigen, wie die Finanzierung erfolgen kann. Wir sind auch gewillt, die erforderlichen Prioritäten vorzunehmen und andere Projekte allenfalls zeitlich etwas anzupassen. Das ist Transparenz, und dazu stehen wir auch. Es ist schon davon auszugehen, dass das eine oder andere Projekt zeitlich etwas angepasst werden muss. Genauer können wir aber zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend sagen, weil der AFP mit seinem gesamten Umfang nicht vorliegt. Zum Verkehr: Von der SP-Fraktion wurde diesbezüglich Transparenz gefordert. Die Mitarbeitenden mit normalen Büroarbeitszeiten werden dasselbe Verkehrsregime antreffen wie beim kantonalen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz. Dort setzen wir bei den Mitarbeitenden nicht auf

Parkplätze, sondern auf den öV und den Langsamverkehr. Für die Mitarbeitenden der Polizei mit Schicht- und Pikettbetrieb ist es unumgänglich, dass Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Diese Mitarbeitenden müssen teilweise sehr schnell aus unterschiedlichen Regionen anreisen können. Selbstverständlich ist die Polizei mit ihren Patrouillen auf Fahrzeuge angewiesen. Es wird eine kombinierte Lösung geben, und dort, wo es zumutbar ist, streben wir eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs an. Zum monetären Nutzen: Mit 800 000 Franken ist dieser tatsächlich eher bescheiden. Man muss aber bedenken, dass wir von einer teilweisen Containerlösung und einem sehr veralteten Gebäude an der Sprengi in ein modernes Sicherheitsgebäude umziehen wollen. Deshalb ist es unumgänglich, dass für diese Infrastruktur entsprechende Kosten anfallen. Der primäre Nutzen des Sicherheitsgebäudes liegt nicht bei den monetären Einsparungen, sondern bei der Sicherheit. Wir können dadurch die Einsatzzeiten optimieren. Die Luzerner Polizei geht davon aus, dass so rund 20 Stellen eingespart werden können. Das ist nicht wenig, wird aber durch die zusätzlichen Infrastrukturkosten zu einem sehr grossen Teil kompensiert. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir investieren möchten, um für die Luzerner Bevölkerung im Bereich Sicherheit eine bessere Dienstleistung erbringen zu können. Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Zu den vorliegenden Anträgen äussere ich mich im Rahmen der Detailberatung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Wyss Josef zu Ziffer 1: Dem Projektierungskredit für ein Sicherheitszentrum in Rothenburg Station Ost wird zugestimmt. Das Gesamtprojekt ist zu etappieren. Vorerst ist lediglich die 1. Etappe inkl. Integrierte Leitstelle (ILS) zu planen.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Pius Kaufmann.

Pius Kaufmann: Ein solcher Antrag lag der VBK vor, dieser wurde aber während der Detailberatung zurückgezogen.

Josef Wyss: Mit einer Etappierung wollen wir die folgenden Ziele erreichen: Erstens wollen wir ein Schuldenbremse-konformes Projekt. Zweitens wollen wir mit dieser Etappierung der Planung die Option offenlassen, die Ansiedlung der Zusatzfunktionen abschliessend zu prüfen. Es wurde noch nicht geklärt und entschieden, ob die Kripo und die Staatsanwaltschaft in Rothenburg am richtigen Ort sind. Ich bin überzeugt, dass wir das planen sollten, und wir sind überzeugt, dass es in Rothenburg am richtigen Ort ist. Jörg Meyer hat recht, dass bei den Zusatzfunktionen immer noch einige Fragezeichen bestehen. Genau deshalb ist eine Etappierung sinnvoll. Sie fragen sich vielleicht, warum wir die Vorlage nicht zurückweisen, wenn der Planungssperimeter noch nicht abschliessend geklärt ist. Der Bedarf der Polizeieinheiten ist unbestritten und absolut dringend. Wir wollen aber keine Verzögerung, deshalb verzichten wir auf eine Rückweisung. Drittens wollen wir schlussendlich ein Projekt – das ist wahrscheinlich der wichtigste Punkt –, das bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit findet. Es wird dann schwierig, wie es Regierungsrat Reto Wyss gesagt hat, wenn es wegen dieses Projektes zu Verzögerungen bei anderen Projekten kommt. Wir wollen keinen Wettbewerb zwischen einem Sicherheitszentrum und beispielsweise einer Reussanierung. Wir wollen klare Verhältnisse und eine klare Planung. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Etappierung Sinn macht.

David Roth: Die SP-Fraktion hat sehr grosse Fragezeichen betreffend die Kosten des Sicherheitszentrums und inwiefern diese Kosten gerechtfertigt sind. Wir werden diesen Fragen weiterhin kritisch nachgehen, insbesondere dort, wo Vergleiche zu anderen kantonalen Immobilien gezogen werden können. Wir haben das Gefühl, dass bei der Eingabe der Raumprogramme die Träume einiger Kaderleute doch etwas durchgaloppiert sind. Selten haben Sie die Unzulänglichkeit der Schuldenbremse so kurz dargelegt wie mit diesem Antrag. Sie wollen ein Projekt etappieren, um die Schuldenbremse einzuhalten. Was bedeutet das? Eine Etappierung ist teurer. Aufgrund der technischen Einschränkung, die Sie sich selber auferlegt haben, verteuern Sie das Schaffen des Kantons und verschwenden so Geld der Luzerner Bevölkerung. Das macht sicher nicht Sinn. Wenn schon müssen wir nochmals genauer hinschauen. Diese Erwartung haben wir an die Regierung. Wir werden

aber auch bei der weiteren Beratung dieses Geschäftes genauer hinschauen. Sollte bei der Projektierung noch Spielraum bestehen, werden wir keine Hemmungen haben, entsprechende Korrekturen vorzunehmen. Wir erwarten aber, dass die Regierung die heutige Botschaft aller Fraktionen verstanden hat und eine erneute Überprüfung stattfindet, was es braucht und was nicht. Wir haben schon beim EWL-Gebäude gesehen, wie die Leitstelle geplant wurde, diese kam einem Kontrollraum des Raumschiffs Enterprise gleich. Wir brauchen eine schlanke und effiziente Raumprogrammgestaltung und keine Traumverwirklichung des Polizeikaders.

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die JSK hat die Vorlage ebenfalls beraten und war sich einig, dass das Sicherheitszentrum notwendig und unverzichtbar ist. Die Kommission wurde dahingehend informiert, dass eine Etappierung keine Spareffekte zur Folge haben würde. Die Vor- und Nachteile wurden in den letzten zwei Jahren der Planung diskutiert und abgewogen. Neben einer Verzögerung hätte eine Etappierung nur Mehrkosten zur Folge. Eines wäre sicher: Das Projekt würde wieder um ein weiteres Jahr zurückgeworfen. Das wiederum gefährdet die Realisierung der gemeinsamen Einsatzleitzentrale der Blaulichtorganisationen der Kantone Luzern, Ob- und Nidwalden, die sogenannte «Vision 2025». Es wurde schon mehrfach erwähnt, dass die im Einsatz stehende Einsatzleitzentrale und die Einrichtung in die Jahre gekommen sind und ersetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die bestehenden Einrichtungen altersbedingt Investitionen benötigen. Auch das würde Geld kosten. Verteuern Sie das geplante Sicherheitszentrum nicht unnötig. Insgesamt lohnt sich die Investition, weil wir durch Synergieeffekte die laufende Rechnung langfristig entlasten können. Die Kommunikation und die Überzeugung der Gesamtkosten des Projektes gegenüber den Stimmbürgerinnen und -bürgern wird sicher herausfordernd bleiben. Ich bitte Sie, die Etappierung abzulehnen und dem Projektierungskredit von 22 Millionen Franken zuzustimmen.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab. Eine Etappierung ist unwirtschaftlich und verunmöglicht es, alle Synergien zu nutzen. Wir finden es auch etwas willkürlich, wie das Projekt aufgeteilt werden soll. Wir sind der Meinung, dass die Polizeihaft ins Projekt gehört. So wie ich den Antrag verstehe, würde diese wegfallen. Josef Wyss hat in seinem Eintretensvotum erklärt, dass im AFP 150 Millionen Franken eingestellt seien. Wir sprechen hier aber von der Kostenplanung und sind noch weit entfernt von der AFP-Periode. Wir befinden uns in jenem Bereich, wo wir erst eine ungefähre Kostenannahme machen können. Ob die Schuldenbremse wirklich zum Tragen kommt und ob es knapp wird, ist im Element der Planung aber weit weg von der Verbindlichkeit im Rahmen des AFP. Zudem gilt es die politische Frage zu beantworten, ob die Variante der Mitte-Fraktion vor dem Volk mehr Chancen hätte als jene der Regierung. Das wagen wir zu bezweifeln. Die Wirtschaftlichkeit ist ein wichtiges Argument, mehr Sicherheit aber auch, deshalb sind wir der Meinung, dass bei der Sicherheit nicht gespart werden soll. Wir wollen heute Nägel mit Köpfen machen und die Planung auslösen.

Adrian Nussbaum: Zum Votum von David Roth: Wir wollen nicht eine Etappierung, damit das Projekt Schuldenbremse-konform ist, sondern weil wir der Meinung sind, dass es schwierig ist, das Projekt beim Volk durchzubringen, wenn gleichzeitig ein anderes Projekt nach hinten verschoben werden muss. Uns ist es auch klar, dass die Etappierung aus wirtschaftlicher Gründen nichts bringt, wenn in 20 Jahren die gleiche Lösung vorliegt. Wir wollen die Etappierung, damit wir den Bereich, bei dem wir sicher sind, dass wir ihn im Sicherheitszentrum bauen wollen, auch tatsächlich bauen können. Bei diversen Bereichen ist es noch offen, ob diese im Raumprogramm tatsächlich am richtigen Ort sind, so bei der Haftleitzentrale, der Kripo und der Staatsanwaltschaft. Heute Morgen sprachen wir davon, dass wir eine Politik machen sollen, die auf Planungsberichten basiert. Wir haben vor wenigen Wochen den Planungsbericht über die Luzerner Polizei beraten. Darin haben wir offengelassen, was ins Sicherheitszentrum kommt oder nicht. Drei Monate später machen wir die Planung für ein Gebäude. Was machen wir, wenn wir zum Schluss kommen, dass die

Planung falsch war? Die Situation ist ähnlich wie beim Spital Wolhusen: Wir bauen ein Haus und diskutieren nachher darüber, ob es richtig ist, wer darin einzieht. Wir glauben, der umgekehrte Weg wäre richtig. Deshalb fordern wir eine Etappierung, damit wir zuerst das bauen, worüber wir uns einig sind, nämlich den Ersatz des Standortes Sprengi, das Labor usw. Für den zweiten Ausbau ist eine sicherheitspolitische Diskussion darüber notwendig, ob diese Einheiten in Rothenburg tatsächlich am richtigen Ort sind.

David Roth: Wegen der Schuldenbremse würden andere Projekte verzögert. Das ist ja genau das Problem. Wir müssen doch heute notwendige Investitionen tatsächlich auch heute machen können. Nun haben wir uns aber selber Fesseln angelegt und diese nicht gelöst. Die Bürgerlichen müssen bereit sein, an den Finanzinstrumenten zu arbeiten und nicht einfach eine Steuerung über die Projekte vornehmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Selbstverständlich erwarten wir ein Schuldenbremse-konformes Projekt. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir das auch wollen und Ihnen aufzeigen, wie wir das erreichen. Ich mache aber auch auf die entsprechende Grafik im AFP aufmerksam. Kritisch wird es in den Jahren 2031 und 2032. Bis dahin wird sich das eine oder andere auch noch verändern. Wir werden die notwendigen Schritte einleiten, haben aber auch noch genügend Zeit, um die entsprechenden Massnahmen einleiten zu können. Was sind die Nachteile der Etappierung? Beim Ordnungsdienst können wir mit dem neuen Sicherheitszentrum die Bereitschaftszeit – bis die Leute der Polizei einsatzbereit sind – gegenüber von heute halbieren. Wenn wir nur die Hälfte realisieren, ergibt sich ein ganz anderes Bild, und die Bereitschaftszeit kann nicht halbiert werden. Zu den Synergien: Schon beim Eintreten wurde erklärt, dass die monetären Verbesserungen zu gering seien. Mit einer Etappierung würden diese nochmals kleiner. Wir können die monetären Kosten nur optimieren, wenn wir das gesamte Gebäude realisieren, sonst wird dieser Nutzen reduziert. Vor allem aber, und darauf möchte ich hinweisen, wird der Gewinn im Bereich Sicherheit erheblich reduziert. Wir möchten primär Sicherheitsverbesserungen erreichen. Mit einer Etappierung machen wir aber einen sehr grossen Rückschritt und realisieren nur einen Teil des möglichen Nutzens. Das möchten wir nicht. Zu den Kosten: Wenn wir das Festnahmezentrum in Rothenburg nicht realisieren, sparen wir diese Kosten nicht ein, sondern verschieben sie nur. Wir müssen das Problem ja ohnehin lösen. Zwar können wir die Kosten zeitlich verschieben, es ist aber keine Einsparung. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Regierung über einen Planungskredit von 22 Millionen Franken zu folgen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 82 zu 26 Stimmen ab.

Antrag Wyss Josef zu Ziffer 2: Der erforderliche Kredit für die Planungsaufwendungen in der Höhe von 17 Millionen Franken (Preisstand April 2022) wird bewilligt.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Pius Kaufmann.

Pius Kaufmann: Auch ein solcher Antrag lag der PFK vor, dieser wurde aber in der Detailberatung zurückgezogen.

Josef Wyss: Da der Antrag 1 abgelehnt wurde, ist der vorliegende Antrag obsolet, und ich ziehe ihn zurück.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Projektierung eines Sicherheitszentrums in Rothenburg Station Ost, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 99 zu 1 Stimme zu.